

Zu insgesamt 7 Jahren Haft

ist die iranische Menschenrechtlerin und Sacharow-Preisträgerin Nasrin Sotudeh vom Revolutionsgericht in Teheran verurteilt worden – wegen staatsfeindlicher Propaganda zu 5 und wegen Beleidigung des obersten

Führers (Ali Khamenei) zu 2 Jahren Haft. Der Richter Mohammad Moghiseh wird von Menschenrechtlern für die Verurteilung, Folter und Hinrichtung vieler politisch Verfolgter verantwortlich gemacht.

3 Punkte

mit Meinungsverschiedenheiten listet Frankreichs Regierungssprecher Benjamin Griveaux in Sachen Europakonzept von CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer auf: Ja zu europäischem Mindestlohn, Nein zu europäischem Sitz im UN-Sicherheitsrat und Nein zur Schließung des zweiten Sitzes des EU-Parlaments in Straßburg.

BLICK NACH BAYERN

Ein modernes Märchen

SPONSORVERTRAG: BMW und FC Bayern einig



von Florian Stumfall



Das Logo des FC Bayern München.

In München haben 2 Königs-kinder zusammengefunden, was – wie im Märchen – sehr lange Zeit unmöglich schien. Dass es sich aber um ein modernes Märchen handelt, sieht man an den beiden Partnern: Es sind diese der Autobauer BMW und der Fußball-Club FC Bayern. Diese beiden haben beschlossen, einen Sponsor-Vertrag zugunsten der Fußballer abzuschließen, es geht dabei um 800 Millionen Euro – verteilt auf vorerst 10 Jahre, beginnend anno 2015.

Der Jubel ist groß, und auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder lobt die beiden vertragschließenden Parteien, denn die Sache geht nicht nur diese beiden an. Sowohl die Automarke BMW als auch Deutschlands Rekord-Meister Bayern München stehen für Erfolg und Glanz und Eleganz. Solche Eigenschaften addieren sich bei einer derartigen Fusion nicht nur, sondern vervielfachen sich. Das Bild der ganzen Stadt und Region, ja, ganz Bayerns gewinnt an Anziehungskraft und Ansehen.

Zugegeben, eigentlich tut es ein anderes Auto ebenfalls, und dass die Bayern dauernd Meister werden müssen, steht auch nicht in Bronze gegossen. Aber einen BMW zu haben, ist eine feine Sache, und wenn die Bayern verlieren, so ist das schade, für die meisten wenigstens.

Begehrtes Lebensgefühl

Trotzdem kann man von Fußball und Autos halten, was man will, aber die Sache geht längst über ihre eigentliche Bestimmung hinaus. Denn BMW ist nicht nur ein Auto und der FC

Bayern nicht nur ein Fußball-Club. Beide stehen für ein Lebensgefühl, an dem Millionen teilhaben möchten. Das macht München attraktiv, was nicht nur in Hinblick auf den Fachkräftemangel von Vorteil ist. Vom Mechatroniker bis zum Astrophysiker – überall gibt es Leute, die einen Sinn für schöne Autos und für Fußball und vor allem für ein gehobenes Dasein haben. Natürlich ist es so, dass es in Deutschland nicht nur eine Stadt gibt, die einen Spitzen-Fußball-Verein hat, und anderswo kann man auch gute Autos bauen, aber beides zusammen auf höchster Ebene: Das gibt es eben nur in München.

Das werden die Autoleute in Ingolstadt zu bedenken haben, die den Audi bauen und bisher den Vertrag mit den Bayern hatten. Aber das Verhältnis hat Schaden gelitten, als der Chef des Mutterkonzerns VW unruhlich hat den Hut nehmen müssen.

Und ausgerechnet, als die Märchenhochzeit öffentlich bekannt wurde, rückten die Bayern auf der Bundesliga-Tabelle wieder auf Platz 1. Wenn das so weitergeht bis zur Meisterschaft und dann ein Anhänger in seinem BMW von einem siegreichen Bayern-Match heimfährt, dann hat er Anteil an der großen Welt. Oder er meint es wenigstens.

© Alle Rechte vorbehalten

US-Waffenexporte: Die Hälfte landet im Nahen Osten

RÜSTUNGSINDUSTRIE: Deutschland mischt trotz weniger Ausfuhrgenehmigungen weiterhin vorne mit

STOCKHOLM (dpa). Mehr als die Hälfte aller Waffenexporte aus US-Rüstungsfabriken ist in den vergangenen 5 Jahren in den Nahen Osten gegangen.

Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri in einem gestern veröffentlichten Bericht mitteilte, steigerten die USA ihre weltweiten Waffenexporte in den Jahren 2014 bis 2018 im Vergleich zu den vorherigen 5 Jahren um 29 Prozent. Damit kam über ein Drittel (36 Prozent) aller internationalen Rüstungsausfuhren aus den Vereinigten Staaten.

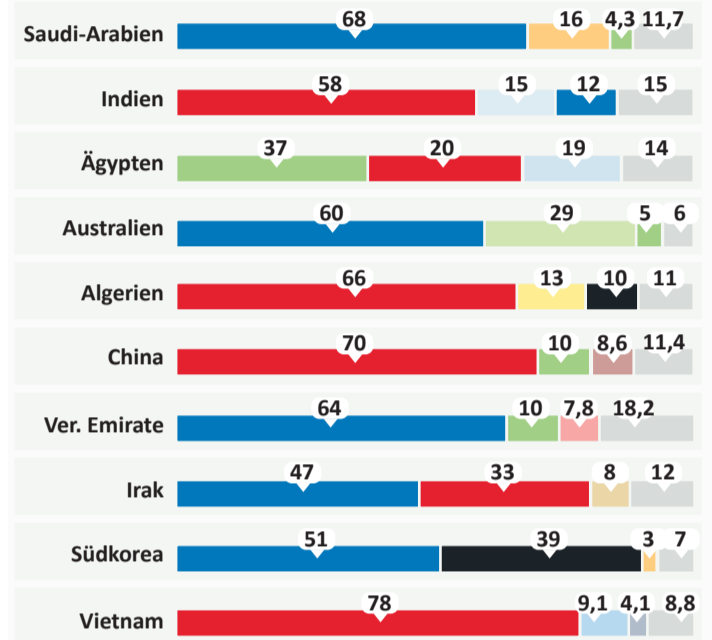
Die USA hätten Waffen wie Kampffjets, Kurzstreckenraketen und Lenkbomben in mindestens 98 Länder und damit in weitaus mehr als andere Exporteure geliefert, erklärte die Sipri-Waffenexpertin Aude Fleurant. Angesichts der Auftragszahlen für Kampfflugzeuge sei davon auszugehen, dass diese in der näheren Zukunft der Exportschlagher der US-Waffenindustrie bleiben. Ende 2018 standen demnach 891 Kampffjets auf den US-Auftragslisten.

Weltweit stieg das Gesamtvolumen der Im- und Exporte im 5-Jahres-Vergleich um 7,8 Prozent. Platz 2 hinter den USA nimmt auf Exportseite weiter Russland ein, wenn auch mit immer größer werdendem Abstand. Unter anderem wegen weniger Aufträgen aus Indien und Venezuela seien die russischen Ausfuhren gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009 bis 2013 um 17 Prozent gesunken, teilte Sipri mit.

Im Gegensatz dazu seien die französischen (43 Prozent) und deutschen (13 Prozent) Exporte 2-stellig angewachsen. Deutsch-

Woher die Staaten ihre Waffen bekommen

Aufteilung in Prozent



Dolomiten - Infografik: M. Lemanski Quelle: Bild/Stockholm International Peace Research Institut

lands Hauptabnehmer waren demnach Südkorea, Griechenland und Israel, vor allem an deutschen Schiffen und U-Booten bestand Interesse. China auf Rang 5 der Exporteure verzeichnete einen moderaten Zuwachs von 2,7 Prozent. In Italien ging der Export um 6,7 Prozent zurück. Exportiert wird hauptsächlich in die Türkei (15 Prozent), nach Algerien (9,1 Prozent) und nach Israel (7,6 Prozent).

Auf der anderen Seite des Handels haben die Länder des Nahen Ostens ihren Import von Rüstungsgütern um satte 87 Prozent gesteigert. Unter den Hauptgründen dafür seien das

gegenseitige Misstrauen zwischen dem Iran auf der einen und Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf der anderen Seite sowie der Jemen-Krieg. Waffen aus den USA, Großbritannien und Frankreich seien in der konflikt- und spannungsgeladenen Golfregion sehr gefragt, sagte Sipri-Spezialist Pieter Wezeman. Allein Saudi-Arabien hat seinen Import laut Sipri um 192 Prozent gesteigert, womit es Indien als größten Waffenimporteur ablöste. Es folgen Ägypten, Australien und Algerien.

Die deutsche Bundesregierung hatte im November 2018

als Reaktion auf die Tötung des regierungskritischen saudischen Journalisten Jamal Khashoggi alle Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien gestoppt. Bundesaußenminister Heiko Maas hatte eine Aufhebung des Lieferverbots zuletzt an Fortschritte im Friedensprozess für den Jemen geknüpft.

„Länder müssen Verantwortung übernehmen, wie es Deutschland bei Saudi-Arabien getan hat“, sagte Wezeman. Es sei extrem wichtig, dass wirklich klar werde, warum Länder sich Waffen besorgen und warum andere Staaten sie exportierten. Es brauche mehr Diskussionen darüber. „Es gibt zu viele offene Fragen.“

Berlin hatte 2018 fast ein Viertel weniger Rüstungsexporte genehmigt als 2017. Die deutsche Rüstungsindustrie musste damit das dritte Jahr in Serie eine Abnahme der Ausfuhrgenehmigungen hinnehmen. Ein Wachstum gab es zuletzt 2015.

Trotz des im November verhängten Exportstopps zählte Saudi-Arabien 2018 zu den besten Kunden der deutschen Rüstungsindustrie mit Exportgenehmigungen im Wert von 416 Mio. Euro. Auch für Algerien und Pakistan wurden 2018 Exportgenehmigungen im 3-stelligen Millionenbereich erteilt.

Den Sipri-Forschern geht es um langfristige internationale Trends, ihre Werte bemessen sich nach dem Volumen, nicht dem finanziellen Wert von Waffen-Deals. Dass 2018 etwas weniger im- und exportiert wurde als in den Vorjahren, hält Wezeman für keinen Trendwechsel. „Das ist nicht signifikant. Wenn wir 2019 dasselbe Level wie 2018 haben, dann können wir uns fragen, ob das wirklich ein Trend ist.“

© Alle Rechte vorbehalten

EUROPA-SPLITTER

Bürgerinitiative auf dem Prüfstand

MINDERHEITEN: EU-Gerichtshof erlaubt Registrierung von Europäischer Bürgerinitiative

LUXEMBURG. Der EuGH verkündete vorige Woche sein Urteil zur Europäischen Bürgerinitiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, die EU-Kohäsionspolitik, also die Förderung von Regionen, zu einem Instrument des Schutzes von nationalen Minderheiten umzugestalten.

Das Urteil ist ein klarer Erfolg für die Initiatoren. Die Europäische Kommission hatte die Registrierung dieser Initiative im Juli 2013 nämlich abgelehnt: Die Initiative falle offensichtlich nicht in den Kompetenzbereich des Unionsrechts.

Die Initiatoren gaben nicht auf und gingen vor das EU-Gericht, wo sie im Mai 2016 allerdings wiederum scheiterten. Wieder blieben die Proponenten der Bürgerinitiative – bestehend insbesondere aus Vertretern der ungarischen Minderheit in Rumänien – beharrlich. Sie wandten sich an die zweite Instanz, den EU-Gerichtshof.

Dieser hat nun tatsächlich zugunsten der Initiatoren entschieden und bestätigt, dass die



Blick auf den EuGH in Luxemburg.

EU-Kommission bei der Verweigerung der Registrierung der Bürgerinitiative einen Rechtsfehler begangen hat: Sie darf nicht von den Initiatoren verlangen, dass diese den Beleg dafür erbringen müssen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen in den Kompetenzbereich der EU fallen.

Die Europäische Bürgerinitiative ist nun von der Kommission zu registrieren und kann ihren Weg gehen. Ob sie freilich den gleichen Erfolg haben wird wie

die bereits abgeschlossene Bürgerinitiative zum Minderheitenschutz – das Minority Safepack – steht auf einem anderen Blatt. #

Das Minority Safepack, welches ja auch unter Südtiroler Beteiligung zustande kam und erstaunliche 1,2 Millionen Unterschriften sammeln konnte, sieht eine ganze Reihe an verschiedenen Maßnahmen des Unionsrechts vor. Auch das Minority Safepack wurde vorerst, im Juli 2013, von der EU Kommission abgelehnt. Und auch hier hatten

sich die Initiatoren gerichtlich gegen die Verweigerungshaltung der EU-Kommission gewehrt. Doch anders als die Initiative „Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Erhaltung der regionalen Kulturen“ gewannen die Initiatoren der Initiative „Minority Safepack“ das Verfahren bereits in erster Instanz.

Während für die Initiative zur Kohäsionspolitik nun erst die großen Herausforderungen beginnen, die mit der Sammlung von mindestens einer Million an Unterschriften in 7 EU-Mitgliedstaaten verbunden sind, stellt sich für die Initiatoren des Minority Safepack eine andere Frage: Wird die nächste EU-Kommission nächstes Jahr den Vorschlägen der Initiative wirklich Taten folgen lassen?

Das hängt nämlich nicht zuletzt davon ab, wer in der EU-Kommission sitzen wird. Ihre Zusammensetzung wird unter anderem durch die EU-Wahlen im kommenden Mai beeinflusst.

© Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Bringt das neue Urteil einen neuen EU-Minderheitenschutz?

Gabriel N. Toggenburg: Nein. Das Urteil ist aber dennoch ein Durchbruch: hin zu mehr Bürgerbeteiligung und insbesondere mehr Bürgerorientierung. Man kann ja nicht sagen, dass das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative bisher ein Riesenerfolg war.

„D“: Warum so kritisch?

Toggenburg: Wegen der Zahlen. Seit Einführung des Instruments der Bürgerinitiative gab es 77 Anträge. Letztendlich waren nur 4 erfolgreich. Die Schuld daran kann wohl kaum nur bei den Organisatoren von Bürgerinitiativen liegen.

„D“: Was kann man tun?

Toggenburg: Das Instrument wird gegenwärtig reformiert. Aber etwas Wichtiges ist be-

reits mit diesem Urteil geschehen: Der Gerichtshof mahnt eine Verwaltungskultur ein, in der man nicht die Beweislast dem Bürger zuschiebt. Selbst im Zweifelsfall sollte eine Bürgerinitiative registriert werden. Die Kommission sollte sich bemühen, die Anliegen einer Bürgerinitiative mit den Mitteln des Europarechts so gut wie möglich und kreativ zu unterstützen.

„D“: Welche der beiden Bürgerinitiativen wird erfolgreich sein?

Toggenburg: Jene, die jetzt mit dem neuen Urteil zugelassen wird, muss ja erst mal die eine Million an Unterschriften schaffen. Das ist ein langer und steiniger Weg.

„D“: Aber wenn auch dieser Schritt geschafft ist?

Toggenburg: Dann wäre ich optimistischer für das Minority Safepack. Es scheint mir europarechtlich besser fundiert.

© Alle Rechte vorbehalten

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz